

11. Newsletter 24.08.2021, ergänzt 26.8.2021

WAHLPRÜFSTEINE des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Liebe Steller Bürgerinnen und Bürger,

der BUND hat die Steller Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind, um die Beantwortung von fünf Fragen zu Themen des Natur- Landschafts- und Klimaschutzes gebeten. Aus den Antworten sollen die BUND-Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit erkennen können, mit welchen Programmpunkten die Parteien Lösungsmöglichkeiten zu diesen Themen für die nächsten 5 Jahre nach der Kommunalwahl am 12. September anbieten.

Die Fragen lauten:

1.

Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass der Klimawandel auch bei uns ankommt und erheblichen Folgen für Mensch und Natur mit sich führt. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf lokaler Ebene zum Klimaschutz beitragen?

2.

Der Ort Stelle weist einen herausragenden Bestand an alten Bäumen auf. Was halten Sie von einer Baumschutzsatzung, die den wertvollen Baumbestand unter besonderen Schutz stellt?

3.

Der Lärmaktionsplan für Stelle gibt viele Anregungen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Stelle. Welche Maßnahmen haben für Sie Priorität?

4.

Der Flächennutzungsplan für Stelle muss kurz- bis mittelfristig überarbeitet werden. Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Aktualisierung setzen und welche Rolle spielt dabei der Natur- und Landschaftsschutz?

5.

Welche Gründe waren für Sie ausschlaggebend, dem Bebauungsplan „Fachenfelde-Süd“ für ein zweites Zentrallager für ALDI in Stelle zuzustimmen bzw. ihn abzulehnen? Wo sehen Sie nunmehr Möglichkeiten, ortsansässigen mittelständischen Betrieben Flächen zur Ansiedlung anzubieten?



FREUNDE DER ERDE

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland

Ortsgruppe Stelle

Email: stelle@bund-elbe-heide.de

Von den angefragten Parteien haben Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD bis zum 18.8. geantwortet. Die Antworten auf unsere fünf Wahlprüfsteine finden Sie ohne inhaltliche Änderungen und Kürzungen in der tabellarischen Übersicht auf den folgenden Seiten. Wir haben keine Wertung vorgenommen, sondern vertrauen darauf, dass Sie selbst zu einer eigenen Einschätzung der programmatischen Aussagen kommen. Die Reihenfolge der Parteien ist alphabetisch geordnet.

Von der BIGS hat Sandra Müller uns mitgeteilt, dass *„es für die BIGS zusätzlich noch weitere Punkte gibt, die zeitnah politisch angegangen werden müssen: z.B. Schaffung von Kindergartenplätzen, Grundschulkapazitäten sichern, bezahlbarer Wohnraum ...*

Zu jedem der von Ihnen genannten Punkte hat die BIGS eine Meinung. Zu den meisten davon haben wir uns in den Fachausschüssen bereits geäußert.

Mit der gewünschten Beantwortung Ihrer 5 Punkte kann unserer Meinung nach keine objektive Gegenüberstellung des jeweiligen Gesamtprogramms der Parteien, Gruppen und Einzelkandidaten aufgezeigt werden.

Wir bitten Sie daher um Verständnis, dass die BIGS sich aus den genannten Gründen nicht an der Gegenüberstellung beteiligen wird.

Der Ratsherr Peter Ziegler, Spitzenkandidat der FWG und Befürworter des Aldi-Bebauungsplans, hat auf unsere Anfrage verspätet am 25. August geantwortet, seine Antworten wurden aber noch ergänzt.

Für alle Bürgerinnen und Bürger in Stelle, die sich für die Themen Natur- Landschafts- und Klimaschutz interessieren, dürften die Antworten bzw. auch die Nichtantworten sehr aufschlussreich sein. Bitte gehen Sie zur Wahl und berücksichtigen Sie die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine bei Ihrer Stimmenabgabe zur Kommunalwahl am 12. September 2021.

Vielen Dank und
mit freundlichen Grüßen
das Team der BUND Ortsgruppe Stelle

Wahlprüfsteine des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Frage 1:

Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass der Klimawandel auch bei uns ankommt und erheblichen Folgen für Mensch und Natur mit sich führt. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf lokaler Ebene zum Klimaschutz beitragen?

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Natur- und Landschaftsschutz ist aktiver Klimaschutz, das gilt insbesondere auf lokaler Ebene, wo wir als Steller Grüne Einfluss nehmen können. Wir wollen die wertvollen Landschaftsräume in und um Stelle schützen und von Bebauung freihalten. Durch eine Reduzierung des Flächenverbrauchs für Siedlung und Gewerbe, durch geringe Versiegelung auf den privaten Grundstücken, durch Dachbegrünung und Solar-dächer auf den Häusern kann jede*r Einzelne etwas für den Klimaschutz tun und die Gemeinde sollte diese Maßnahmen durch die Festsetzungen in Bebauungsplänen unterstützen und natürlich auch bei den kommunalen Gebäuden und Grundstücken umsetzen. Eine wesentliche Hilfe könnte dabei die Einstellung einer Klimamanager*in sein. Weitere Maßnahmen, die wir fördern wollen, sind neue Straßenbäume, wo immer das möglich ist, zusätzliche Blühstreifenflächen und naturnahe Gärten.</p>
<p>CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Energetische Überprüfung der gemeindeeigenen Liegenschaften • Niederschlagswasser soll vor Ort versickern • Blühstreifenförderung soll ausgeweitet werden • Unterstützung von Fassaden- und Dachbegrünung • Innenverdichtung, Neubaugebiete mit geringeren Mindestgrundstücksgrößen
<p>SPD</p>	<p>Die SPD hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von Anträgen in den Gemeinderat eingebracht, die zeigen, dass der Klimaschutz bei der SPD eine wichtige Rolle spielt. Das wird auch zukünftig so bleiben. Hier einige Beispiele aus der Vergangenheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In zwei Anträgen für den Gemeinderat fordern SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im April 2018, dass bei zukünftig zu verpachtenden Ackerflächen der Gemeinde der Einsatz von Neonicotinoiden und Glyphosat untersagt und die Einrichtung von Blühstreifen / Wildblumenflächen zwingend vorgeschrieben wird. Für die Einrichtung von Wildblumenflächen auf Privatgrundstücken soll Wildblumen-Saatgut von der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgabe des Saatgutes soll unter beratender Mithilfe durch den Grünen Kreis erfolgen. • Im Oktober 2019 bringt die SPD-Fraktion in Stelle hat einen Antrag zur Abstimmung im Gemeinderat ein, dass auch in der Gemeinde Stelle

	<p>ein Ordnungsgeld bei der „wilden“ Entsorgung von nikotinhaltem Abfall (Zigarettenkippen) auf öffentlichem Grund zu erheben ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Februar 2020, hat die SPD-Fraktion in einem Antrag an den Gemeinderat gefordert, dass die Verwaltung halbjährlich über die am Straßenrand im Gemeindegebiet Stelle gefällten / entfernte Bäume und über die entsprechenden Neuanpflanzungen im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten hat. • Im April 2020 hat die SPD-Fraktion in einem Antrag an den Gemeinderat gefordert, dass zunächst ein Sachverständiger die Ist-Situation der Straßenbeleuchtung in Stelle begutachtet. Hierbei soll der Gesamtbestand der Straßenbeleuchtung erfasst werden, einschließlich der eingesetzten Leuchtmittel mit den dazugehörigen Schaltkästen. Der Gutachter soll auch Vorschläge unterbreiten, wie die Beleuchtungssituation in Stelle aus technischer und wirtschaftlicher Sicht und insbesondere auch aus ökologischer Sicht optimiert werden kann. • Die SPD in Stelle unterstützt die weltweiten Forderungen nach einer sauberen Umwelt und einer Reduzierung der Treibhausgase. Deshalb sollte der Einsatz emissionsarmer Antriebe für PkW, wo immer es geht, unterstützt werden. In einem Antrag an den Gemeinderat im Oktober 2020 fordert daher die SPD-Fraktion im Steller Gemeinderat, dass die Anzahl von Ladesäulen in Stelle zügig ausgebaut wird. Einheimische und Besucher sollen so bessere Möglichkeiten erhalten, ihre Elektrofahrzeuge aufzuladen.
<p>Ziegler / FWG</p>	<p>Ich bin gegen eine Innenraum-Verdichtung in unserer Gemeinde, damit der Regen weiterhin die nötigen Versickerungsmöglichkeiten auf den Grundstücken vorfindet. Die GRZ (Grundflächenzahl) soll / muss weiterhin genügend Versickerung ermöglichen. Des Weiteren bin ich für eine sehr moderate Wohnbebauung in der gesamten Gemeinde.</p>

Wahlprüfsteine des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Frage 2:

Der Ort Stelle weist einen herausragenden Bestand an alten Bäumen auf. Was halten Sie von einer Baumschutzsatzung, die den wertvollen Baumbestand unter besonderen Schutz stellt?

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Die Grünen wollen eine Baumschutzsatzung für Stelle beschließen, da in den letzten Jahren viele ortsbildprägende Bäume im Ort verlorengegangen sind und die Gemeinde keinerlei Einflussmöglichkeiten hatte. Es geht ausdrücklich nicht um einen besonderen Schutz für alle Bäume, sondern nur um den Bestandsschutz der wertvollen Bäume z.B. mit einem bestimmten Stammdurchmesser. In Hamburg gibt es eine Baumschutzsatzung schon seit 1948 und mehrere Gemeinden im Landkreis haben bereits eine Baumschutzsatzung wie in Buchholz, Rosengarten, Appel oder Bendestorf, die wir uns zum Vorbild nehmen sollten.</p>
<p>CDU</p>	<p>Eine Baumschutzsatzung lehnen wir ab. Unser Schwerpunkt liegt auf höherwertigen Neuanpflanzungen, auch durch Vorgabe von deutlich größeren Bäumen in Bebauungsplänen. Neuanpflanzungen von Bäumen auf öffentlichen Flächen müssen erhöht werden und ein Bürgerwald, der auch als verbindendes gesellschaftliches Element wirken soll, soll neu angelegt werden.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die SPD unterstützt die Erstellung einer Baumschutzsatzung. In 2016 wurde bereits gemeinsam mit Grünen und BIGS ein entsprechender Antrag gestellt. In der entscheidenden Ratssitzung wurde der Antrag von den BIGS nicht mehr begleitet. Für einen neuen Anlauf sind wir bereit.</p>
<p>Ziegler / FWG</p>	<p>Ich unterstütze eine Baumschutzsatzung außerhalb von Privatgrundstücken.</p>

Wahlprüfsteine des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Frage 3:

Der Lärmaktionsplan für Stelle gibt viele Anregungen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Stelle. Welche Maßnahmen haben für Sie Priorität?

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Vorrangig sind für uns die Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 in den Ortskernen Stelle, Ashausen und Fliegenberg, insbesondere auch auf den Kreisstraßen. Wir unterstützen die Empfehlung des Lärmaktionsplans, „die gesamte Ortsdurchfahrt in ihrer zulässigen Höchstgeschwindigkeit zu reduzieren“. Auch die weiteren Empfehlungen wie Förderung des ÖPNV (Erhöhung des Taktverkehrs) sowie Förderung des Fahrrad- und Fußverkehrs finden unsere Zustimmung.</p>
<p>CDU</p>	<p>Priorität haben die im Lärmaktionsplan aufgezeigten Maßnahmen mit der größten Wirkung, wie z.B. Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und der Einbau von lärmminderndem Asphalt/Belag. Bei diesen Maßnahmen ist aber die Gemeinde oftmals nicht Straßenbaulastträger und kann daher, auch wenn sie wollte, nicht allein entscheiden. Eine gute Zusammenarbeit mit übergeordneten Behörden ist daher unerlässlich.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die SPD hat als einzige Partei in Stelle Konsequenzen aus dem Lärmaktionsplan gezogen. Im Mai 2021 hat die SPD den Antrag an den Gemeinderat gestellt, dass auf der Kreisstraße K86 zwischen den Abbiegungen Grasweg und der Steller Chaussee in beiden Richtungen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in beiden Richtungen eingeführt wird. Weiterhin sollten zwischen den beiden Abbiegungen wiederholt Verkehrsschilder mit dem Hinweis „Lärmschutz“ aufgestellt werden. Mittelfristig sollte geprüft werden, ob der Asphalt auf der K86 durch lärmreduzierenden Asphalt ausgetauscht werden kann. Weitere Anträge werden in Kürze folgen.</p> <p>Ein weiterer Gefahrenpunkt, insbesondere für unsere Kinder und Jugendlichen liegt der SPD ebenfalls am Herzen. Gemeint ist die Kreuzung Bardenweg / Unter den Linden. Die SPD-Fraktion stellte bei den Haushaltsberatungen der Gemeinde Stelle im Oktober 2018 einen Antrag, dass die Verkehrssituation an dem Kreuzungsbereich Bardenweg/Unter den Linden überplant wird und für diese Überplanung 5.000 Euro in den Haushalt eingestellt wird. Ziel ist, die Querung aller Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, motorisierter Verkehr, Schulbusse) wesentlich zu verbessern, um Gefahrensituationen zu verhindern. Damit hat die SPD einen Stein ins Rollen gebracht, der leider immer noch rollt. Alle Fraktionen in der Gemeinde sind sich einig, dass hier etwas geschehen muss. Die Gefahrensituation hat sich trotzdem nicht geändert, da die Kreisverwaltung mauert. Schauen wir mal, wer hier den längeren Atem hat.</p>

Ziegler / FWG	Der Lärmaktionsplan wird ausschließlich durch den Kreistag festgelegt. Daher kandidiere ich auch für den Kreistag, um unserer Gemeinde Stelle auch endlich ein Stimme zu geben. Oder kennen Sie unsere Kreistagsabgeordneten ?
----------------------	--

Wahlprüfsteine des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Frage 4:

Der Flächennutzungsplan für Stelle muss kurz- bis mittelfristig überarbeitet werden. Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Aktualisierung setzen und welche Rolle spielt dabei der Natur- und Landschaftsschutz?

Bündnis 90 / Die Grünen	Die Steuerung der Ortsentwicklung unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutzes hat für uns Priorität. Grundlage für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes soll die Aktualisierung des Landschaftsplanes für die Gemeinde Stelle sein. Falls neue Wohngebiete geplant werden, sollen diese nur auf gemeindeeigenen Flächen ausgewiesen werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Neue Gewerbeflächen kommen nur in Frage, wenn dadurch geringer Flächenverbrauch bei hoher Arbeitsplatzdichte ermöglicht wird. Bei allen künftigen Entwicklungsprojekten in der Gemeinde legen wir großen Wert darauf, dass die Beteiligung der Bürger*innen und die Transparenz der Entscheidungen wesentlich verbessert werden.
CDU	Die Überarbeitung des Flächennutzungsplans wird eine Kernaufgabe des neuen Rates sein. Auch in der Vergangenheit wurden oft Bebauungspläne durch Nachnutzung (ehemaliges Gewerbegrundstück oder ehemaliges Kiesabbau-gebiet als Wohngebiet) aufgestellt. Das Wachstum und der Flächenverbrauch der Gemeinde, sowohl im Gewerbe als auch im Wohnungsbau, waren in den letzten Jahrzehnten in der Gemeinde im kreisweiten Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Das Thema Nachnutzung und Innenverdichtung sollte auch den neuen Flächennutzungsplan kennzeichnen.
SPD	Der Natur- und Landschaftsschutz spielt immer eine große Rolle bei einem Flächennutzungsplan. Die große Frage, die sich stellt ist, wie gehen wir mit der erheblichen Nachfrage nach Wohnbebauung um. Die SPD will vorrangig den Erwerb von altem Wohnraum und die Nachverdichtung (da wo gewünscht) fördern. Neue Wohngebiete sollen maßvoll erschlossen und nur durch die Gemeinde und im Einheimischen- und Sozialmodell vermarktet werden.

Ziegler / FWG	Ich kämpfe für den Erhalt des dörflichen Charakters mit sehr viel Natur- und Landschaftsschutz. Des Weiteren werde die Schaffung eines Dorfparks erneut in den Rat einbringen.
----------------------	--

Wahlprüfsteine des BUND zur Kommunalwahl in Stelle

Frage 5:

Welche Gründe waren für Sie ausschlaggebend, dem Bebauungsplan „Fachenfelde-Süd“ für ein zweites Zentrallager für ALDI in Stelle zuzustimmen bzw. ihn abzulehnen? Wo sehen Sie nunmehr Möglichkeiten, ortsansässigen mittelständischen Betrieben Flächen zur Ansiedlung anzubieten?

Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen haben den Bebauungsplan aus folgenden Gründen abgelehnt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Landschaft muss für das Lager auf der gesamten Baufläche auf einer Höhe nivelliert werden und damit werden immense Eingriffe in das hügelige Relief verursacht. • Die zusammenhängende Flächenversiegelung für Gebäude und Stellplätze wird negative Folgen für Klima- und Wasserhaushalt haben und das gesetzliche geschützte Biotop Pennekuhle wird beeinträchtigt und im Randbereich des Kreisels zerstört. • Stelle hat bereits mit einem Zentrallager von REWE eine hohe Belastung zu tragen, weiterer LKW-Verkehr ist der Bevölkerung nicht zumutbar. • Der Bebauungsplan geht über die Grenzen und Ausweisungen des Flächennutzungsplanes hinaus und damit mussten erhebliche größere Waldflächen gerodet werden. • Die Gemeinde ist mit dieser Entscheidung eine dauerhafte Bindung an einen Investor eingegangen, der seit längerer Zeit in Seevetal keine Gewerbesteuer zahlt und damit keine zusätzlichen Einnahmen für den Steller Haushalt zu erwarten sind. • Zusätzliche Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, da die Arbeitsplätze größtenteils nur von Ohlendorf nach Stelle verlagert werden. • Das ca. 3.000 Jahre alte Hügelgrab wurde zerstört, was bei einer kleinteiligen Gewerbebebauung, wie ursprünglich geplant, nicht notwendig gewesen wäre.
CDU	Die Gründe für die Zustimmung zur Aldi-Ansiedlung wurden in dem mehrjährigen Verfahren oftmals kommuniziert, von der Presse begleitet und auch vom BUND aktiv kommentiert. Die Entscheidung ist aber im Rat mit deutlicher Mehrheit gefallen. Der neue Rat trifft über die Ansiedlung keine weiteren Entscheidungen, sondern hat vielmehr zu entscheiden, wo und wie die Gemeinde weiterwachsen soll. Als neue Gewerbefläche kommt

	<p>für uns z.B. das alte Betonwerk in Ashausen als Fläche für ortsansässige, mittelständische Firmen in Frage. Auch bei dieser Fläche würde es sich erfreulicher Weise wiederum um eine Nachnutzung handeln.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die SPD hat in zahlreichen Veröffentlichungen in den lokalen Zeitungen, in der SPD-Publikation „Neues aus Stelle“, in Bürgerversammlungen, auf der NDR-Veranstaltung „Jetzt reicht’s“ und in den persönlichen Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern den Standpunkt der SPD in dieser Sache erläutert und begründet, warum sie sich für die Ansiedlung des Logistikzentrums entschieden hat. Die SPD-Fraktion im Gemeinderat Stelle begrüßt den mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Gemeinderates über die Ansiedlung von ALDI. Alle SPD-Ratsmitglieder stimmten für den Satzungsbeschluss. Wer die Redebeiträge der Ratsherren Bernd Henke und Heinz-Dieter Adamczak auf der entscheidenden Ratssitzung lesen möchte, kann dieses unter www.spd-stelle.de machen.</p> <p>Die SPD sieht durchaus noch Flächen, die Gewerbebetriebe nutzen können.</p>
<p>Ziegler / FWG</p>	<p>Das Gewerbegebiet Fachenfelde-Süd wurde vom Rat vor meiner aktiven Rats Zeit entschieden. Ich konnte mit meiner „einen Stimme“ nur abwägen, wo kann ich für unsere Gemeinde, speziell im Thema Natur, Lärm, Verkehr und Umwelt das maximale herausholen. Ich kann hier behaupten und feststellen, dies ist mir gelungen. Leider hat die Gemeindeverwaltung die Gespräche zum Thema Verkehr erst 2020 wirklich ernst genommen. Meine Gespräche mit dem Verkehrsamt Verden habe ich bereits 2016 aufgenommen und die Verwaltung regelmäßig aufgefordert, endlich mit den Abstimmungsgesprächen zu beginnen!!!</p>